



## Aus der Parteiarbeit

# Aktivist der ersten Stunde Genosse Hans Zöllner

Mitarbeiter im Direktorat Kader, Qualifizierung

Als ein erfahrener und im Klassenkampf bewährter Kämpfer für die Arbeiterklasse erhielt Genosse Zöllner im Jahre 1947 durch die Partei den Auftrag, seine bisherige Tätigkeit als Industriearbeiter aufzugeben und unmittelbar am Aufbau und der Entwicklung unserer sozialistischen Bildungseinrichtung durch den Eintritt in die damalige Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik mitzuwirken.

Genosse Zöllner entstammt einer Arbeiterfamilie und hat schon von früher Jugend an am politischen Leben an der Seite seiner Eltern teilgenommen. Sein Vater war viele Jahre arbeitslos, in der Familie herrschte Not und Elend. Unter diesen Verhältnissen aufgewachsen und im Sinne der Arbeiterklasse erzogen, zeigte in ihm sehr zeitig der Entschluss, als organisierter Arbeiter an der Befreiung der Arbeiterklasse teilzunehmen.

Er trat 1933 der Arbeiterpartei bei und wurde 1934 Mitglied des Vorstandes der Buchdrucker und 1939 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Als sein Vater im Jahre 1933 durch die Faschisten ins Konzentrationslager eingesperrt wurde, stand Genosse Zöllner selbst längere Zeit unter ständiger Beobachtung. Genosse Zöllner hat die illegale Parteiarbeit fortgesetzt und die Verbindung zu seinem Vater auch im KZ nicht aufgegeben.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus durch die Rote Armee kehrte Genosse Zöllner 1945 in seinen Heimatort zurück und stellte sich sofort dem Wiederaufbau zur Verfügung. Seit dieser Zeit hat er innerhalb der Partei, als Gemeindevorstand und leitender Kader aktiv am Aufbau unserer DDR teilgenommen.

Er begann 1947 seine Tätigkeit in unserer Bücherei unter sehr komplizierten Bedingungen. Neben den Schwierigkeiten der Anfangsjahre des Wiederaufbaus musste die Arbeit mit dem unter der Ideologie des Nationalismus aufgewachsenen Menschen bewältigt werden. Genosse Zöllner



erfüllte neben seinen fachspezifischen Aufgaben hier vor allem seinen Parteauftrag.

Seit Bestehen unserer Hochschule ist er bis zum Jahre 1968 als Kaderleiter tätig gewesen, heute arbeitet er noch im Direktorat für Kader und Qualifizierung. Er setzt seine ganze Kraft ein, um alle kademischen Voraussetzungen für eine klassenmäßige Erziehung und Ausbildung der Studenten zu gewährleisten.

Während seines jahrzehntelangen Wirkens leistete er eine ausgezeichnete Übersetzungs- und Aufklärungsarbeit unter den Mitarbeitern. Dabei hat er in vielen Situationen

seine Freizeit geopfert und seine Gesundheit nicht geschont.

Genosse Zöllner ist ein unserer Partei treu ergebener Genosse, der, ohne an seine persönlichen Vorteile zu denken, alles tut, was die Partei von ihm verlangt, und somit der Gesellschaft nützlich ist.

Die großen Verdienste des Genossen Zöllner um den Aufbau unserer Hochschule, seine zielstrebige, konsequente Arbeit im Interesse unseres Staates wurden vielfach durch staatliche Auszeichnungen gewürdigt.

Walther,  
Direktorat für Kader und Qualifizierung

Zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns

## „Thälmann ist niemals gefallen . . .“



Im Thälmann-Kabinett – einem Geschenk der SED-Bereichsleitung und des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt an das Pionierhaus „Jur. Gagarin“ – machen sich unsere Thälmannpioniere mit dem revolutionären Leben des großen deutschen Arbeiterführers bekannt. Er ist ihr leuchtendes Vorbild; im Geiste Thälmanns wollen sie lernen und leben.

Ein verpflichtendes Vermächtnis, dem sie nachzueifern, in die Liebe und Verehrung des ersten sozialistischen

Staates, der Sowjetunion. Auf unserem Bild sind die Worte Thälmanns festgehalten, die er anlässlich der Ernennung zum Ehrensoldaten der Roten Armee aussprach: „Ich übernehme damit die Verpflichtung als Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Roten Frontkämpferbundes, den in den verschiedenen Organisationen vereinigten Arbeitern zu berichten, welcher revolutionäre Geist, welche brüderliche Solidarität, welche Kampfernergie in den Arbeiter- und Bauern der Sowjetunion steckt.“



Die Vollversammlung unserer Hochschulparteiorganisation wertete das abgelaufene Studienjahr aus und beschloss Maßnahmen zur höheren Effektivität in Erziehung, Ausbildung und Forschung entsprechend den Beschlüssen des 12. Plenums.

## Vorbereitung des Studienjahres 1974/75 – Aus der Sicht der APO 2

So wie die Werktätigen in der Industrie in Vorbereitung des 25. Jahrestages unserer Republik große Anstrengungen zur weiteren Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe unternahmen, entwickeln auch die Angehörigen der Sektoren Fertigungsprozess und Fertigungsmittel gute Aktivitäten zur Erhöhung der Qualität ihrer Arbeit in Erziehung, Ausbildung und Forschung. Die Parteigruppe Fertigungsprozess (G/1) hat auf der Grundlage ihres Arbeitsplanes vielfältige Initiativen ergriffen, um ihre fördernde Rolle und ihre politisch-ideologische Wirksamkeit zu erhöhen, stärkeren Einfluss auf den sozialistischen Wettbewerb in den drei zugeordneten Gewerkschaftsgruppen zu nehmen und zur Erhöhung des Niveaus der Erziehung und Ausbildung unserer Studenten beizutragen.

In einer ihrer Beratungen schätzten die Genossen der Parteigruppe 2/1 die politisch-ideologische Wirksamkeit der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Wissensschatzgebiete Teilerziehung und Prozessgestaltung anhand der Er-

gebnisse in Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung, Forschung sowie dem Stand des sozialistischen Wettbewerbs in den Gewerkschaftsgruppen ein. Diese Analyse zeigt, dass im kommenden Studienjahr die Vertiefung der persönlichen politischen Gespräche innerhalb der Gewerkschaftsgruppen und mit den Studenten, die Erhöhung der erzieherischen Wirksamkeit der Hochschullehrer und Seminargruppenleiter, insbesondere im 1. Studienjahr, die weitere Verbesserung des inhaltlichen Niveaus der Lehre und des Anteils der eigenen schöpferischen Arbeit der Studenten sowie die Qualität der Forschung Schwerpunkte der Arbeit sind. Nach gründlicher Diskussion wurden die Genossen staatlichen Leiter und Hochschullehrer beauftragt, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um diese Zielstellung zu erreichen.

Die Auswertung des 12. Plenums in den Gewerkschaftsgruppen der APO und die daraus resultierenden Verpflichtungen anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der DDR zeigen, dass die Genossen ihrem Auftrag konsequent durchsetzen. So entstanden

zum Beispiel solche Verpflichtungen, wie die Einleitung einer Vertiefung des Kabinetts zur Erhöhung der praxisbezogenen Ausbildung der Studenten, die Erhöhung des Anteils der Exkursionen sowie die Vertiefung der praktischen Ausbildung im Versuchsfeld der Sektoren.

Die APO-Leitung schätzt ein, dass dies gute Aktivitäten sind, um oben genannte Ziele zu erreichen. In ihrer weiteren Arbeit wird sich die Leitung der APO Fertigungsprozess und Technik darauf konzentrieren, die Erfüllung dieser Maßnahmen zu kontrollieren. Mit den Parteigruppen der Genossen Studenten der Fachrichtung Fertigungsprozessgestaltung wurden analoge Beratungen auf der Grundlage der Dokumente des 12. Plenums, des Volkswirtschaftsplans 1973, der Studienjahresanalyse sowie des Entwurfes des Jugendförderungsplans durchgeführt. Die durch die APO-Leitung beschlossene mündige Behandlung der Parteigruppen durch die aktiven Genossen, insbesondere die Genossen Studenten, bietet sich dafür eine gute Voraussetzung. Die Ergebnisse unserer politisch-ideologischen Arbeit werden sich vor allem im Niveau der Veranstaltungen während

der 1. Studienwoche zu Berlin 6. neuen Studienjahres in den konduktionsfähigen Sektoren der Gewerkschafts- und FDJ-Wahlen widerspiegeln.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir erreichen, dass bei allen Mitarbeitern und Studenten die Bereitschaft verstärkt wird, ihr ganze Kraft und Initiative zur weiteren Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED einzusetzen.

APO 2,  
Sektion Fertigungsprozess und Fertigungsmittel



## Zur Lage der Studenten in der Bundesrepublik

In der BRD gibt es das Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), das u. a. die Höhe der Stipendien für Studenten regelt. Es sieht 1971 das sogenannte Hommerl Modell ab und wurde damals von der Regierung der BRD als ein großer sozialer Fortschritt gefeiert. Im Rahmen des BAFöG kann den Studierenden an den Universitäten und Hochschulen in der BRD ein monatlicher Förderungssatz bis zu 420,00 DM bewilligt werden, sofern die Eltern (auch bei verheirateten Studenten) monatlich nicht mehr als 80,00 DM Besoldung verdienen.

Die Kaufkraft dieser 420,00 DM ist inzwischen durch Inflation und Mi-

wucher so zusammengeschrumpft, dass damit nur unter größten materiellen Sorgen studiert werden kann, denn das Existenzminimum für einen Studenten in der BRD lag bereits im Sommer 1972 nach Berechnungen des (Bundes-)Deutschen Studentenwerkes bei monatlich 800,00 DM. Rechnen man noch den seitdem erfolgten Preisanstieg hinzu, so liegt das gegenwärtige Existenzminimum eines Studenten in der BRD bei etwa 870,00 DM.

Die entgegen gesetzte Bewegung von Existenzminimum und Kaufkraft des BAFöG-Höchstsatzes sieht demnach so aus:

Jahr	1971	1972	1973	1974
Existenzminimum eines Studenten (in DM)	577,00	608,00	630,00	674,00
reale Kaufkraft des BAFöG-Höchstsatzes von 420,00 DM (in DM; 1971 = 100)	420,00	400,00	370,00	360,00

Fazit: 1971 benötigte ein Student in der BRD bei Gewährung des BAFöG-Höchstsatzes einen monatlichen Zuschuss von 147,00 DM, um sein Existenzminimum zu erreichen. Heute benötigt er zu dem gleichen Zweck einen Zuschuss von 374,00 DM, seit 1971 unveränderten Elternfremdbelag von monatlich 800,00 DM.

BAFöG-Unterstützung und rund 100 000 von ihnen den Höchstsatz. Ende 1973 erhielten nur noch 185 000 Studenten eine BAFöG-Unterstützung und etwa 31 000 von ihnen den Höchstsatz. Die Ursache dafür liegt in dem seit 1971 unveränderten Elternfremdbelag von monatlich 800,00 DM.

Für den 31. Januar 1974 lief der



Bildung und Rüstung

Aus „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf

Verband (Bundes-)Deutscher Studentenschaften die Studenten in der BRD zu einem Sternmarsch nach Bonn auf, um dort für folgende fünf Forderungen zu demonstrieren:

- Anheben des BAFöG-Höchstsatzes auf 900,00 DM und des Elternfremdbelages auf 1200,00 DM rückwirkend ab 1. Oktober 1973
  - weitere Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 600,00 DM noch im Jahre 1974
  - sofortigen Ausgleich der Inflationsverluste bei den Studenten. Unter der Losung „Gemeinsam gegen Inflation“ für mehr BAFöG und mehr Lohn!“ demonstrieren mehr als 40 000 Studenten.
- Offensichtlich beeindruckt von der Kampfbereitschaft der Studenten, entschied sich die Bonner Regierung noch am Abend vor der Demonstration
1. den BAFöG-Höchstsatz ab 1. Oktober 1974 auf 900,00 DM zu erhöhen
  2. den Elternfremdbelag zum gleichen Zeitpunkt auf 900,00 DM heraufzusetzen
  3. ab sofort den Heizkostenzuschuss bei entsprechenden Voraussetzungen auch an Studenten zu zahlen.
- Natürlich sind diese Zugeständnisse völlig unzureichend und verbessern die Lage der Studenten nur

in der erforderlichen Weise.

Der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB) wertet diesen Beschluss der Bonner Regierung deshalb auch nur als einen „ersten Teilerfolg des Kampfes der Studenten“.

Mit Entschiedenheit weist der MSB die Tatsache zurück, dass 60,00 DM jeder genannten Monatsförderung nur als Darlehen ausgeben werden und spätestens drei Jahre nach Studienende zurückgezahlt sein müssen.

Wörtlich heißt es in einer diesbezüglichen Erklärung des MSB Spartakus: „Berücksichtigt man die Inflationsrate seit Herbst 1971, so sind die 60,00 DM ab 1. Oktober 1974 um etwa 22,50 DM bis 60,00 DM weniger wert als die 420,00 DM Höchstförderung von 1971! Da das Geld hinten und vorne nicht reicht, müssen fast alle geförderten Studenten arbeiten. Doch auch diese Möglichkeit ist in diesem Jahr (1974, d. V.) durch die hohe Arbeitslosigkeit und durch die hohe Zahl der Kurzarbeiter den meisten verspart.“

Nach Meldung der Arbeitsämter ist die Zahl der Arbeitsstellen für Studenten um etwa 70 bis 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.“

Dr. Heinz Tschölk,  
Sektion Marxismus-Leninismus